



HESSISCHER LANDTAG

22. 04. 2025

Große Anfrage

**Volker Richter (AfD), Gerhard Bärsch (AfD), Marcus Resch (AfD),
Pascal Schleich (AfD), Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD) und Bernd Erich Vohl (AfD)**
Der Koalitionsvertrag und die Auswirkungen auf Hessische Bürger

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung 2025–2029 enthält zahlreiche Maßnahmen, die laut politischer Kommunikation zu finanziellen Entlastungen für breite Teile der Bevölkerung führen sollen. Diese umfassen etwa die Senkung der Stromsteuer, eine höhere Pendlerpauschale, die steuerliche Entlastung von Überstunden sowie Versprechen zur Stabilität der Sozialabgaben.

Tatsächlich jedoch zeigen unabhängige Analysen, dass viele dieser Maßnahmen entweder unter Finanzierungsvorbehalt stehen, in ihrer Wirkung durch andere Kostenentwicklungen neutralisiert oder gar überkompensiert werden — etwa durch höhere Sozialabgaben, steigende Energiepreise infolge der CO₂-Bepreisung oder den Wegfall des angekündigten Klimageldes.

Insbesondere einkommensschwache Haushalte und Teile der arbeitenden Mittelschicht werden durch die realen Auswirkungen dieser Politik finanziell zusätzlich belastet. Die Diskrepanz zwischen öffentlicher Darstellung und tatsächlicher Wirkung begründet aus Sicht der Fragesteller den Verdacht einer gezielten politischen Täuschung über die Nettoeffekte dieser Bundespolitik auf Bürgerinnen und Bürger.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Hessische Landesregierung die im Koalitionsvertrag 2025-2029 beschlossenen Maßnahmen im Hinblick auf ihre tatsächlichen Auswirkungen auf das verfügbare Einkommen von Bürgerinnen und Bürgern in Hessen?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Mehrbelastungen durch steigende Sozialversicherungsbeiträge, CO₂-Bepreisung, Inflation und den Wegfall des Klimageldes vor?
3. Teilt die Landesregierung die Einschätzung, dass die angekündigten Entlastungsmaßnahmen in der Breite nicht ausreichen, um reale Kostensteigerungen im Alltag auszugleichen?
Bitte begründen.
4. Wie bewertet die Landesregierung die These, dass diese Politik insbesondere die unteren und mittleren Einkommensgruppen in Hessen benachteiligt?
Bitte begründen.
5. Welche Schritte unternimmt die Landesregierung, um transparente Informationen über die realen Nettoeffekte dieser Maßnahmen an Bürgerinnen und Bürger in Hessen zu vermitteln?
6. Sieht die Landesregierung die Notwendigkeit, öffentlich gegen irreführende oder einseitig positive Darstellungen der Entlastungswirkungen durch Bundesmaßnahmen vorzugehen?
Bitte begründen.
7. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Hessische Bevölkerung vor Fehlinformationen oder politischen Täuschungen im Zusammenhang mit der finanziellen Belastung durch die Bundespolitik zu schützen?

8. Plant die Landesregierung eigene Ausgleichsmaßnahmen (z. B. Landeszuschüsse, Steuererleichterungen oder direkte Transferleistungen), um die vom Bund verursachten Mehrkosten auf Landesebene abzufangen?
Bitte begründen.
9. Wie positioniert sich die Hessische Landesregierung in der Bund-Länder-Finanzverhandlung zu Themen wie Sozialabgaben, Rentenversicherung und CO₂-bedingten Belastungen?
10. Welche hessischen Initiativen wurden oder werden ergriffen, um den Mittelstand sowie sozial schwächere Haushalte gezielt vor zusätzlichen Belastungen zu schützen?
11. Sieht die Landesregierung in der aktuellen Kommunikation über die Entlastungswirkung der Bundespolitik eine Form von Täuschung der Bürgerinnen und Bürger?
Bitte begründen.
12. Welche politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen sieht die Landesregierung, wenn ein wachsender Teil der Bevölkerung den Eindruck gewinnt, durch Politik nicht nur finanziell belastet, sondern auch kommunikativ irreführt zu werden?
13. Welche Rolle sieht die Hessische Landesregierung für sich selbst, um verlorenes Vertrauen in politische Kommunikation und wirtschaftliche Gerechtigkeit wiederherzustellen?

Wiesbaden, 22. April 2025

Volker Richter
Gerhard Bärsch
Marcus Resch
Pascal Schleich
Patrick Schenk
Bernd Erich Vohl